

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

223 (23.9.1896) I. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zweif. mal.
Abonnementpreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch die Post
bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustellgebühr 2 Mark
60 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Hirschstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

Anzeigengebühr:
Die 10spaltige Kolonnenzeile
oder deren Raum 20 Pf.,
im Reklametheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte gebildene Ein-
stellungen werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honorar-Ansprüche keine
Berücksichtigung finden.

Nr. 223. I. Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch, den 23. September

1896

Ein Rückblick auf die Geschichte des Centrums.

II.
Nichts ist charakteristischer, als die Begrüßung, welche die neugebildete liberale Partei dem Deutschen Reich widmete. Der harmlose Leser glaubt vielleicht, jene Partei habe den Wieder-
gewinn von Elsaß-Lothringen freudig begrüßt und dem Leiter der
deutschen Staatskunst gedankt. Nein! Ihre Sorgen lagen ganz
anderswo. Der erste Antrag ging darauf, daß Deutschland den
weltlichen Besitz des päpstlichen Stuhles wieder-
herstellen solle. Daß unser Vaterland dadurch in diploma-
tische Verwicklungen geraten und, wenn es Ernst mit seiner For-
derung machte, einen neuen Krieg entzünden könne, das war dem
Centrum gleichgültig. Fürst Bismarck, der schon vor Ausgang
des Krieges die Freundschaft Oesterreichs gefunden hatte und zur
Sicherung des Ertrages an dem großen Plane arbeitete, eine
Ausgleichung der Gegensätze zwischen Oesterreich und Italien her-
beizuführen und im Herzen Europas einen Monarchenbund als
Friedensbürgschaft aufzurichten, warf natürlich jenen Antrag ab.
Von da an war die Feindseligkeit zwischen ihm und dem Centrum
begegnet. Mit allen Kräften arbeitete das Centrum unter Wind-
thorst daran, der Befestigung des Reiches und seinem Ausbau im
Inneren Schwierigkeiten zu bereiten, und Papst Pius IX. glaubte
schon das Steinhirn rollen zu hören, welches bestimmt war, dem
deutschen Koloß die Füße zu zerstampeln. Nun machte auch
Bismarck die Macht des preussischen Staates mobil und jener
Kampf entbrannte, den die Fortschrittspartei als „Kulturkampf“
getauft hat, weil sie ihn ganz richtig als einen Kampf um die
deutsche Kultur erkannte. In der Hitze des Gefechtes fiel das ge-
stimmte Wort von der „Reichsfeindschaft“ des Centrums; dessen
Leiter, die kleine Exzellenz Windthorst, wurde von Bismarck als
der „Vater aller Hindernisse“ charakterisiert.

Wer den Ursprung des „Kulturkampfes“ kennt, der weiß nur
zu gut, daß es ein dem Staate aufgedrungener Kampf, ein
Kampf der Nothwehr war. Mitten im Kampfe vergaß Bis-
marck keinen Augenblick den Zweck desselben, die Sicherung
des Reiches, und darum suchte er hauptsächlich mit den Mach-
tmitteln des preussischen Staates auszukommen, um den Haß
vom Reich abzulenkten. Nur weil jene Gegner sich seinem Arme
zu entziehen wußten und von anderen Bundesstaaten aus ihre
Feindseligkeiten fortsetzten, sah er sich gezwungen, zu einzelnen
Maßregeln, wie der Ausweisung der Jesuiten, die Hilfe der Reichs-
gesetzgebung in Anspruch zu nehmen. Das Centrum dachte nicht so
patriotisch, sondern richtete seine Angriffe gegen das Reich
und namentlich gegen jede Stärkung seiner Wehrkraft. Es scheute
nicht davor zurück, Koladen, Patentreter und Sozialdemokraten als
Strohbock zu benutzen. Daß das Centrum die Gelegenheit be-
nutzte, um in Baden einen Special-Kulturkampf ins Werk zu
setzen, versteht sich ganz von selbst.

Zunächst sind hier heute die Vorgänge, welche den Abbruch
des Kulturkampfes veranlaßten. Daß die Spaltung des deutschen
Volkes in zwei Heerlager kein erbauliches Schauspiel darbot, sei
ohne Umschweife zugegeben. Es handelte sich für das Reich um
sein oder nichtsein, und darum nahm der Kampf erbitterte For-
men an, indem die Parteien sich möglichst viel zu schaden suchten.
Aber jeder deutsche Patriot sieht, auf welcher Seite die größte
Schuld lag. Da, mit einemmale empfing Bismarck in Kissingen
einen päpstlichen Nuntius, nachdem Leo XIII. den heiligen Stuhl
bestiegen hatte. Nach längerem, zähen Verhandlungen wurde der
„Kulturkampf“ abgebrochen, Minister Falk entlassen, die kirchliche
Gesetzgebung größtenteils zurückgenommen. Welches waren die Ver-
wegründe? Der industrielle Aufschwung nach dem Kriege hatte
eine Zunahme des Lebensniveaus und der Verbreiten bewirkt. Daraus
wurde auf eine allgemeine „Verbildung“ geschlossen, an der
die Angriffe auf die kirchlichen Autoritäten schuld sein sollten. Bei
den Konventionen machte diese Beweisführung Eindruck, aber für
Bismarck war dies schwerlich ein zwingender Beweggrund. Man
hat auch angedeutet, daß auswärtige Verwicklungen drohten, und
daß Bismarck die innere Einigkeit habe herstellen wollen; ein so
verächtliches Mittel zur Herstellung der Einigkeit würde jedoch Bis-
marck kaum ergreifen haben. Das Wahrscheinlichste ist, daß Bis-
marck das Centrum zur Durchführung der Reformen brauchte,
und daß dessen Unterstützung auf keinem anderen Wege zu ge-
winnen war; vielleicht wirkte auch die Rücksicht auf den großen
Kaiser Wilhelm I. mit, der sich darnach sehnte, seine letzten
Lebensjahre noch in verhältnismäßigem Frieden zu verbringen, und
wenn dieser Beweggrund maßgebend war, so wollen wir nicht

gegen die Pietät sündigen, denn Kaiser Wilhelm I. hat die un-
begrenzte Dankbarkeit des deutschen Volkes verdient.

Es hat aber in jenen Zeiten nicht an klarschauenden Politikern
gefehlt, welche voraussagten, daß der angestrebte Friede mit
der römischen Kurie höchstens ein für Deutschland nachteiliger
Waffenstillstand sein werde. Die liberalen und deutsch-
gesinnten Männer, welche die Bismarckische Politik bis dahin un-
eigennützig unterstützt hatten, wurden nun auf einmal als „Kultur-
partei“ in Acht und Bann gethan, während das Centrum zu einem
Bestandteil der Regierungsmehrheit vordrückte, ohne daß es seine
nahe Gesinnung geändert hätte. Nach wie vor versagte es alles,
was zur Erhöhung der deutschen Machtstellung dienen konnte.
Wie es gegen die Schaffung eines bürgerlichen Gesetzbuches ge-
stimmt hatte, so lehnte es auch die Vermehrung von Heer und
Flotte grüßlich ab. Bestand es sich zu einer kleinen Be-
willigung, so geschah dies nur in der Form eines Handelsgeschäftes,
die Regierung mußte sich in der Kirchen- und Schulpolitik zu einer
Gegengabe verstehen. Das Centrum rühmt sich jetzt, zur Annahme
des bürgerlichen Gesetzbuches beigetragen zu haben, aber
der Antrag auf Schaffung desselben wurde s. B. von dem seligen
Windthorst heftig bekämpft und das Centrum stimmte gegen
denselben.

Das alles konnte noch ungefährlich bleiben, so
lange der eiserne Kanzler gewaltige Persönlich-
keit die Zügel des Reiches in den Händen hielt. Bis-
marck verstand es, im Falle das Centrum zu mächtig werden sollte, den
Widerstand aller vaterlandsliebenden Deutschen auf neue zu wecken
und zu organisieren. Denn sein Wort entzündet die Begeisterung
aller Deutschen, die keine Segeste sind. Aber der Löwe, der so
trotz des Reiches fort hütete, wurde in den Sachsenwald verbannt
und ampfing die Gefühlsstritte derer, die einst vor ihm gezittert
hatten und jetzt noch seine beredten Mahnworte an das deutsche
Gewissen flüchten. Unter jenen nahmen Nachfolgern wurden die
„Friedensbestrebungen“ fortgesetzt, aber mit dem Erfolge, daß die
reichsten Parteien jetzt mehr als je mit einander verfeindet sind
und an Macht fortwährend noch zurückgehen. Das Centrum ist
durch die Gunst dieser Umstände in die Höhe gekommen, „katholisch
ist Trumpf“ geworden in einem zu zwei Dritteln protestantischen
Reich, Unruhe und Entmutigung breiten sich aus und ergreifen
bald die sichersten und ausdauerndsten Anhänger einer nationalen
Reichspolitik.

Nachdem 18 Jahre verfloßen sind, lehrt die Erfahrung, daß
die dem Centrum gemachten Zugeständnisse nicht die erwartete
Wirkung hatten, daselbst zu rücken zu stellen und das deutsche
Volk einig zu machen. Im Gegenteil. Das Centrum wird
immer begehrlicher und das Volk immer uneiniger. Endlich wird
ein Punkt erreicht sein, wo die Annahmen des Centrums uner-
träglich werden, wo nicht bloß die liberale Gesinnung, sondern
auch das nationale Gewissen sich gegen weitere Zugeständnisse
empört. Was dann? Dann ist der abgebrochene „Kultur-
kampf“ wieder da, oder vielmehr der Waffenstillstand zu Ende.
Das deutsche Reich muß seinen Existentzampf gegen die römische
Kurie fortsetzen, welche niemals als die Vormacht eines von pro-
testantischem Geiste erfüllten Reiches und eines protestantischen Kaiser-
hauses ruhig hinhinnehmen wird. Für jeden Geschichtskenner ist dies
eigentlich selbstverständlich. Freilich geschieht die Fortsetzung des
Kampfes jetzt unter ungünstigeren Bedingungen, als sie am Ende
der 70er Jahre hätte erfolgen können; aber kein echter Deut-
scher wird seine Hilfe verweigern, wenn das Vaterland sie braucht.
Die Beschimpfungen und Kränkungen, welche die Anhänger der
reichsten Parteien in der ultramontanen Aera zu erdulden
hatten, werden vergessen sein, sobald der Ruf zu neuem Kampfe
erht. Denn der innere Kampf, der die Geister auf einander
plagen läßt, schreit männliche Naturen nicht, sondern löst voll-
kommen die Geistesfunken aus ihnen hervor. Lieber ein Leben voll
Mühe und Arbeit im Dienste des Vaterlandes, als unthätig zu-
sehen, wie die blutgetränkten Erzeugnisse des großen Natio-
nalkrieges durch ränkereiche Segeste und Römlinge untergraben
werden.

Wir Deutsche könnten jetzt die mächtigste Nation in Europa
sein, wenn wir einig wären. Das Hindernis der Einigkeit liegt
bei dem Centrum, welches vollständige, bedingungslose Unter-
werfung der Staatsinteressen fordert. Selbst dieser Preis wäre
manchen nicht zu hoch, wenn er nur dafür das Reiches Macht und Gere-
chtigkeit hergestellt werden könnte. Da aber auf die Unterwerfung
der Andersdenkenden ein erbärmliches Jesuitenregiment folgen soll,

welches erst recht das Reich zu Grunde richtet, so wäre die Unter-
werfung umsonst. Wozu also ein solches Opfer bringen und zum
Schaden noch den Spott verdienen? Dieses Bewußtsein
muß alle Kreise durchdringen, damit sie von der nahe-
nden Entscheidung nicht überrascht werden. Wer weiß! Vielleicht
ist der innere Kampf der normale Zustand bei uns, nachdem
das einstmalige zu neun Zehnteln protestantische Deutschland durch die
Gegenreformation der Jesuiten um die innere Einheit gebracht
worden ist. Der Streit der Geister bildet an sich noch kein Uebel.
Die Thatfachen bezeugen, daß zur Zeit des Kultur-
kampfes unser Vaterland groß und achtung-
gebietend dastand und daß der faule Friede es
kleiner und schwächer gemacht hat.

Vom Tage.

Karlsruhe, 22. Septbr.

Mischehen.

Der „Beobachter“ antwortet heute auf den am Samstag von
uns mitgetheilten Fall „zur Mischehenpraxis“, laut welchem ein
katholischer Beamter, der 15 Jahre in Mischehen mit evangelischer
Ehe und Kindererziehung gelebt hatte, bei einer tödtlichen
Erkrankung die Zustimmung eines kirchlichen Begräbnisses von seinen
katholischen Verwandten nicht erlangen konnte, daß er
sich noch einmal katholisch trauen ließ. Der „Beobachter“ sucht
diesen Fall zu entschuldigen, indem er die Grundzüge der katho-
lischen Kirche für die Ehegiltigkeit mittelst. Wir lesen da u. a.:

Die katholische Kirche spricht sich über Ehegiltigkeit oder Ehe-
giltigkeit nur bezüglich derjenigen, die für diejenigen aus, welche zu ihr
gehören oder gehören wollen. Wer auf diese Zugehörigkeit Wert legt,
für den kann es kein Opfer sein, sich nach diesem Urteil zu richten. Wer
keinen Wert darauf legt, hat die Wahl, bei ihr zu bleiben oder zu
gehen. Wer nicht zu ihr gehört, den berührt die Sache gar nicht.

Das ist ein Trugschluß; denn zur Ehe gehören eben immer
zwei Personen, und die bei der Mischehenpraxis nicht katho-
lische Ehehälften sind von der Sache sehr wesentlich berührt.
Das ist ja auch der Zweck der Ehe — man will nicht sowohl
auf den katholischen Teil der Ehegatten, sondern durch ihn
auf den nicht-katholischen Einfluß gewinnen, und natürlich erst
recht auf die Kinder. Deshalb wird der Zwang ausgeübt, und des-
halb ist dieser Zwang mit nichten ein Internum der katholischen
Kirche, sondern eine Angelegenheit von öffentlichem und allgemei-
nem Interesse. Es bleibt für das letztere darum auch vollkommen
gleichgültig, ob die Haltung der katholisch-kirchlichen Organe durch
Kirchengesetze geboten ist oder nicht. Es liegt eben hier ein Fall
vor, in dem sich diese Kirchengesetze in schroffem Widerspruch be-
finden nicht nur mit den staatsbürgerlichen Rechten des Einzelnen,
nicht nur mit den in jedem paritätischen Staate zu Recht be-
stehenden Grundgesetzen der Gesetzgebung, sondern auch mit den For-
derungen der sittlichen Gerechtigkeit, des moralischen Empfindens.
Welcher „moralische“ Standpunkt ist es, wenn die Giltigkeit einer
Ehe in den Augen der katholischen Kirche von der Zufälligkeit ab-
hängig gemacht wird, ob die Eheverpflichtung des Tridentinums an
einem Orte erfüllt sind oder nicht! Für den katholischen Geis-
tlichen ist an dem einen Orte also Ehe, was eine Viertelstunde we-
ter Kontinuität ist — nur weil dort das Tridentinum ver-
ständigt wurde und hier nicht! Draßlicher kann man die
„hohe Sittlichkeit“ des Religionsbegriffes, wie er von
dem Klerikalismus zu politischen Zwecken mißbraucht wird,
woherlich nicht ad absurdum führen! Unbegreiflich ist es
aber, daß sich der Staat dauernd solche Eingriffe in seine
Rechte und — seine Pflichten gefallen läßt. Wenn irgend eine
Zustitution der katholischen Kirche einmal scharf getadelt, ein katho-
lischer Geistlicher als solcher unsanft angepackt wird — flugs ist
der Staatsanwalt zur Stelle, um den „Religionsverweigerer“ zu packen
und büssen zu lassen. Wenn aber eben diese Kirche und ihre Ver-
treter die staatlichen Grundgesetze mißachten und umgeben, die
anderen Konfessionen aufs tödtlichste kränken und beleidigen und
eine grenzenlose Verwirrung sittlicher Begriffe anrichten, um dann
im Trüben fischen zu können — dann schweigt des Sängers Höf-
lichkeit. Der Ultramontanismus darf es wagen, mit kirchlicher und
staatlicher Sanktion abgeschlossene Ehen als „Kontinuität“ zu be-
zeichnen und zu behandeln, und den betreffenden Ehegatten dadurch
die denkbar größte Beschimpfung zuzufügen, nur weil diese Ehen
nicht vollständig den Vorschriften einer 300 Jahre alten kirchlichen
Vorschrift genügen. „Was will man dagegen einwenden?“ fragt

Der Internationale Frauentag in Berlin.

Berlin, 20. Sept.

Wer hätte wohl geglaubt, als gegen 1865 die deutsche Frauen-
bewegung begann, daß sie im Jahre 1896 bereits das Berliner
Mithaus füllen würde! Freilich, ein friedliches Stilleben: von
sommern Herbstwetter begünstigt, strömten heute über 1000 Frauen
und Männer nach dem „Mithaus“ in der Königsstraße, das
die Wälder der Stadt Berlin dem Internationalen Frauentage
für seine Versammlungen geöffnet hatten. Der große Festsaal,
genannt der „Fürstenaal“, mit seiner wirklich fürstlichen Schönheit,
den mattröthlich glänzenden Marmorwänden, dem schimmernden
Parkett, den milde strahlenden elektrischen Lampen, die sich vor
den Geladenen auf, und die Delegierten haben sogar auf den ge-
schickten Sesseln der Stadtväter gehort. Damit hat die Frauen-
bewegung in Deutschland eine offizielle Anerkennung von hoher Be-
deutung erhalten.

Freilich, alles ist damit noch nicht gewonnen: die städtischen
Behörden stellen sich der Frauenbewegung ja oft feindlicher
als die Staatsbehörden; und wie mir 1893 auf dem Internationalen
Frauentage in Chicago die in den Sitzungsräumen aufgestellten
Büsten Platons und Sokrates' seltsam mit den modernen Frauen zu
kontrastieren schienen, so heute im Mithausaale zu Berlin nicht
minder die Büsten des alten Frig, Friedrich Wilhelms III.
und des regierenden Kaisers. Die Fürstinnen mögen sich nicht
wenig über diese „Unterthaninnen“ gewundert haben, die
da unter Frau Morgensterns und Frau Cauer's Leitung so
viele neue „Forderungen“ aufstellten. Die beiden eben-
genannten Frauen sind erste und zweite Vorsitzende des Berliner
Vorkomitees für den Kongreß. Der Gebante, die internationale
Versammlung überhaupt zu berufen, stammt von Frau Morgen-
stern, die Frau Cauer dafür gewann und dann seit Januar dieses
Jahres mit ihr und zahlreichen anderen, sowohl eifrigen wie fähigen
Mitarbeiterinnen die Vorbereitungen zu dem internationalen Kongreß
leitete. Diese eingehenden und systematischen Vorarbeiten werden
in hervorragendem Maße zu einem Gelingen des Kongresses bei-
tragen; sie sind, meiner Ansicht nach, ein erster, greifbarer Beweis
von der Bildungsfähigkeit der Frau: wer hätte es vor 30 Jahren
für möglich gehalten, daß Frauen selbständig große Organisationen
wachsen und leiten?

Daß Frauen gute Rednerinnen sind, hat uns der heutige, erste

Kongreßtag bewiesen. Die meisten der Vortragenden sprachen frei,
und was viel sagen will, von den Ausländerinnen hielten die Ar-
menierin, die Dänin und die Holländerin ihre Reden gleichfalls in
deutscher Sprache. Mit einer Schiefe in den Landesfarben ge-
schmückt, betrat jede Sprecherin die Rederbühne. Bald erschienen
dort ältere, bald junge Frauen; Verehrerinnen wechselten mit Unver-
heirateten; man sah amüthige und sah würdige Erscheinungen,
hörte den Ton ernstlicher Ueberzeugung, neben fröhlich fliegensprecher
Fronie.

Welch ein großes Erwachen heute durch die Frauen geht,
mußte da auch der Gleichgültige und Unkluge erkennen; denn jede,
die heute gesprochen, hat seit Jahren auch etwas getan.
Nicht ein junge Kandidatinnen der Medizin, junge weibliche
Ärztinnen, die das Wort ergriffen — und dieses war der Fall
für Armenierin, Dänemart und Italien — oder traten die Vor-
sitzenden großer Frauenverbände auf — wie die Baroness Gripen-
berg aus Finnland, Mrs. Drankton Chant aus England, Frau
Schlesinger-Gottstein aus Wien — immer lagen Taten unter den
Worten und Jahre erster Arbeit vor diesem Augenblick freudiger
Genüthigung.

Sämtliche Sprecherinnen des ersten Tages gaben Berichte über
den heutigen Stand der Frauenbewegung in ihrer Heimat. —
Ueberall ist die Lage im großen Ganzen dieselbe: in jedem Lande
sorgt der Staat weit besser für die Erziehung der Knaben, als wie
für die der Mädchen; in keinem Lande ist daher die Frau ebenso
erwerbsfähig, wie der Mann; in jedem Lande wird sie deshalb
schlechter bezahlt; in jedem Lande verlangt sie aus diesem Grunde
bessere Erziehung und Berufsschulung und in den meisten auch po-
litische Rechte.

Besonders interessant waren die Ausführungen der jungen
Armenierin: bei uns, sagte sie, heiratet jede Frau, sie sei denn ein
Kruppel; Not treibt daher in Armenien nicht zu einer Frauen-
bewegung. Meine Landsmänninnen streben heute deshalb nach
höherer Bildung, weil sie, sozusagen, „akademisch gebildete Mütter“
und im Hause thätiger sein wollen. Etwas besseres kann man sich
ja nicht wünschen.

Besondere Erwähnung verdient auch der Bericht der Baroness
Gripenberg, Delegierte des Finnländischen Frauenvereins. — Sie
betonte, daß es ihrem Verein gelungen sei, die Arbeiterinnen und
sogar die Bauerfrauen in seine aufklärerische Bewegung hineinzu-

ziehen, daß dieselben meistens zu den Vorträgen herbeikamen, und
daß sie daher die Vertreterin auch der Frau des vierten Standes
sei. — Diese Worte erweckten lebhaften Beifall, und es ist ein heute
bereits feststehender Charakterzug des Berliner Frauentages,
daß er, von bürgerlichen Frauen berufen und besucht, doch ganz
benutzt „sozial“ arbeiten und mit dem vierten Stande zusammen
an praktische, ruhige Reformen gehend, zum sozialen Frieden wirken
will. — Klassenbeschränktheit kann man ihm nicht mehr vorwerfen.

Ein anderer Charakterzug des hiesigen Kongresses ist, daß seine
Rednerinnen ganz schlicht und selbstverständlich von der Sittlich-
keitsfrage und dem Kampf gegen die Prostitution gesprochen haben.
Mit Ruhe und Würde läßt sich eben vieles durchsetzen.

Zum Schluß neben all' diesen ersten Fragen noch ein lieb-
liches Bild, das der jungen Italienerin la Dotoreffa Montessori,
die einstimmig von den Frauenvereinen der verschiedensten Pro-
vinzen Italiens zum Kongreß gesandt ist, in erster Linie aber den
römischen Frauenverein vertritt. — Sie vertrat zugleich auch Rom
selbst: ein Stück antiker Grazie war in dieser liebreizigen Gestalt
lebendig gemordet, und dieses junge Mädchen, das religiösen und
nationalen Vorurteilen trotzend, in Rom selbst Medizin studiert
und das dort promoviert hat, das vor der großen, fremden Ver-
sammlung durch seine eheliche Begeisterung über alle Schen hin-
weggehoben wurde und seine Klagebaute, gutgefasste Rede frei und
sicher in den festlichen Saal tönen ließ, dieses junge, begabte
Mädchen ist eine Hoffnung mehr für die Freunde der Frauenbe-
wegung.
Raethe Schirmacher.

Berlin, 21. Sept. Der internationale Frauen-
kongreß hielt heute Vormittag seine erste Sitzung ab. Gegen
1300 Teilnehmerinnen waren erschienen. Es wurden Vorträge
über Erziehungs- und Bildungsweisen gehalten, darunter von Frau
Dr. Goldschmidt-Leipzig über die „Friedrich'schen Volkshilfsanstalten“,
Fräulein Schabanow über die Erfolge des „neuen Frauenvereins in
Petersburg“, Fräulein Gy über Frauenleben in Portugal, wo keine
Frauenbewegung, dagegen großer Bildungsmangel in den mittleren
und unteren Schichten existiert. Ferner besprach Miß Park die
Glasgower Day Nurseries. Fräulein Strich aus Weimar rühmte
die dortigen Volksunterhaltungsabende.

der Beobachter' sehr selbstzufrieden — von staatlicher Seite hat man, wie es scheint, in der That nichts dagegen einzuwenden!

Deutsches Reich.

Karlsruhe, 22. Sept. Wie im „Helbraer Anzeiger“ der evangelische Gemeindevorstand von Helbra (Prov. Sachsen) mitteilt, hat in der dortigen katholischen Kirche ein Mönch eine katholische Witwe, die mit einem evangelischen Mann in gemischter Ehe gelebt hatte und deren Kinder evangelisch erzogen sind, als sie zu Ostern zur Beichte kam, vom Beichtstuhl mit folgenden Worten fortgewiesen:

„Machen Sie, daß Sie aus unserer Kirche hinauskommen und betreten Sie dieselbe nicht wieder. Sie sind nicht würdig, weiter Mitglied unserer katholischen Kirche zu sein. Sie sind eine Habenmutter, denn Sie haben damit Ihre Kinder in die „Hölle“ (H) hineingeworfen.“

Angesichts dieses Vorwurfs, welches nicht allein nicht ist es dringend notwendig, daß in Baden bald Klöster aufgelassen werden. Der konfessionelle Friede ist in Baden noch nicht genügend untergraben.

Berlin, 21. Sept. Dem Kaiser wurden vorgestern im Schlosse 4 Hereros aus der Kolonialabteilung der Gewerbeausstellung vom Grafen Schweinitz vorgeführt. Der Kaiser entließ die Hereros, wie die Abendblätter melden, mit der Ermahnung, sie sollten sich stets brav halten und dem deutschen Vaterlande allezeit Ehre machen.

Berlin, 21. Sept. Zur Konvertierungsfrage schreiben die „Berl. Pol. Nachr.“: „Wenn behauptet wird, daß betreffs der Konversion der Aproz. Reichs- und Staatsanleihen alles noch in der Schwebe sei, so mag es richtig sein, daß im einzelnen die letzte Entscheidung noch aussteht. Dies ist, wenigstens was die Form anlangt, sogar sehr wahrscheinlich, ebenso wie es als sicher gelten kann, daß die betr. Gesetzentwürfe ausgearbeitet sind. Es ist nicht anzunehmen, daß die Angelegenheit noch längere Zeit unentschieden bleiben kann. Der Stand der Aproz. Papiere zeigt, daß das Publikum sich an die Thatsache der baldigen Zinsherabsetzung gewöhnt hat und daß das Material an Aproz. Konfols, dessen Befreiung sich der Konvertierung nicht anschieben wollen, bereits an den Markt gebracht wird.“

München, 21. Sept. Die „Angsburger Abendzeitung“ schreibt aus München: „Von Vertrauen ermedelnder Seite, welche Gelegenheit hatte, die Angelegenheit noch längere Zeit unentschieden bleiben kann. Der Stand der Aproz. Papiere zeigt, daß das Publikum sich an die Thatsache der baldigen Zinsherabsetzung gewöhnt hat und daß das Material an Aproz. Konfols, dessen Befreiung sich der Konvertierung nicht anschieben wollen, bereits an den Markt gebracht wird.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 21. Sept. Kaiser Franz Joseph ist mit großem militärischem Gefolge in Begleitung der auswärtigen Militärattachés in Gafathura zu den Kaisermandöven eingetroffen und am Bahnhof von dem Obergespan und Witzegspan mit einer Ansprache begrüßt worden. — Ministerpräsident Baron Taaffe brachte im Abgeordnetenhaus in Vertretung des Honved-Ministers einen Gesetzentwurf betr. die Rekrutierung für 1897 ein.

Budapest, 21. Sept. In der gestrigen Schlußsitzung des landwirtschaftlichen Kongresses erörterte der Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Thiel-Berlin die Wichtigkeit der Beratungen des Kongresses und schloß mit einem Hoch auf den König. Sämtliche Mitglieder dankten namens ihrer Regierungen der ungarischen Regierung und der Hauptstadt für den Empfang, worauf der Präsident des Kongresses, Minister Tarami, in einer Schlussrede seiner Freude über den Erfolg der Arbeiten Ausdruck gab.

Wien, 21. Sept. Bei den Landtagswahlen in den Landgemeinden wurden gewählt: 10 Konfessionslose, 8 Slowenen, 4 von der unabhängigen Bauernpartei, 1 von der deutschen Volkspartei. Die Konfessionslose verloren je 1 Mandat an die deutsche Volkspartei und an die Bauernpartei. Von den Gewählten sind 14 Wieder- und 9 Neugewählte.

Belgien.

Brüssel, 20. Sept. Einige Blätter veröffentlichten als Beweis für die gegen den Kongress a. a. erhobenen Anschuldigungen ein Bild, welches ein am Kongo geborenes und dort verführtes Kind darstellt. Dazu wird von langjährig dortiger Seite bemerkt, daß der in dieser Versammlung Schuldige ein Regier sei, der die That in der Trunkenheit begangen habe und vom Kriegsgericht zu einer Strafe verurteilt sei. Es handle sich um vorliegenden Falle um einen vereinzelt dastehenden Akt von Privattraue, und nicht um ein Verbrechen, an dem die Truppen beteiligt sind.

England.

London, 21. Sept. Eine amtliche Depesche aus Kairo meldet, daß die Kanonenboote gestern Nachmittag aus Dongoia nach El Dahir zurückgekehrt sind. Derselben haben Dongoia verlassen vorgefunden. Auf der Rückfahrt haben die Kanonenboote mehrere Fahrzeuge genommen; auf einen derselben saß sich eine öffentliche Kasse mit Kassenpapieren und Geld vor.

London, 21. Sept. Hier sind Meldungen über ein neues in Gagin im Wajet Karputi fastgebendes Gemälde eingelaufen, welche besagen, daß dasselbe die Umruhen zwei Tage, am 15. und 16. d. M., gedauert haben. Das armenische Quartier wurde von den Türken angegriffen. Nach hier eingelaufenen Nachrichten sind 800 Armenier getötet worden.

Balkanhalbinsel.

Sofia, 21. Sept. In der Stadt waren heute Gerüchte verbreitet, daß ein Dynamitattentat gegen Stoilow beabsichtigt gewesen sei. Dem liegt folgende Thatsache zugrunde: Zwei Kerle, die beim Bahnbau einige Dynamitpatronen gestohlen hatten, sagten bei ihrer Verhaftung, sie seien hierzu von den Madoslanowitsch angezettelt worden, um auf das Wahlbureau einen Anschlag auszuführen. Die betreffenden Parteimitglieder leugnen dies energisch. Die Untersuchung ist noch nicht beendet.

Deutscher Gewerbetag.

Stuttgart, 21. Sept.

III.

Unter nicht besonders starker Beteiligung begannen heute Vormittag nach 10 Uhr im Festsaal des Bürgermuseums die Verhandlungen des Verbandes der deutschen Gewerbevereine zusammen mit dem württembergischen Verband. Als Vertreter des Reichsamtes des Innern war Ober-Reg.-Rat Wilhelm aus Berlin anwesend, als Vertreter der badischen und hessischen Regierung Ministerialrat Traun und Geh. Rat Sonne, als Vertreter unserer württ. Regierung Ober-Reg.-Rat Mosthaf und Ober-Reg.-Rat Gärtner, sowie der Präsident der Kgl. Centralstelle Dr. v. Gaupp; ferner bemerkten wir in der Versammlung den Kommerzienpräsidenten Bayer mit den Abgeordneten Sachs, Hähule und Penning, den Oberbürgermeister Kämelin u. f. w.

Kaufmann Berghausen-Köln, der Vorstand, richtete an die Versammlung herzliche Worte der Begrüßung. Besondere Freude mußte das Erscheinen eines Vertreters der Reichsregierung in Stuttgart hervorrufen, da seit dem 1892 in Köln stattgehabten Verbandstag die Regierung keinen Abgeordneten in die Verhandlungen der Gewerbevereine delegiert habe. Diese letzteren gewinnen um so mehr an Bedeutung, als sie die mannigfachen Angriffe auf die Gewerbefreiheit abzuschlagen haben. Ober-Reg.-Rat Wilhelm begrüßte die Versammlung namens des Staatssekretärs von Bötticher, welcher ihn mit seiner Vertretung betraut habe. Die Reichsregierung bringe den Verhandlungen der deutschen Gewerbevereine mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung besonderes Interesse entgegen. Namens des Staatsministers v. Bismarck bewillkommnete Ober-Reg.-Rat Mosthaf die Versammlung; namens der bayerischen Gewerbevereine sprach Direktor v. Cramer, im Auftrag der bürgerlichen Kollegien Stuttgarts Oberbürgermeister Kämelin. Der letztere zielt es für angeeignet, gleich in seiner Begrüßungsrede seine

Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf betr. die Zwangsorganisation des Handwerks mitzuteilen. Möge derselbe auch noch so kritisch bedürftig sein, so sollten ihn die Handwerker in Anerkennung ihrer Korporationsbedürftigkeit doch für annehmbar finden.

Besondere Erwähnung verdient auch, daß der Verband der Schweizerischen Gewerbevereine sich durch mehrere Mitglieder in Stuttgart vertreten läßt. — Um gleich zur Erörterung des Hauptpunktes der Tagesordnung zu gelangen, der Stellungnahme der deutschen Gewerbevereine zu der Gesetzesvorlage betr. die Einführung von Zwangsinnungen wurden die anderen Punkte vorläufig zurückgestellt. Zunächst verbreitete sich sodann Finanzamtman Dr. Trädinger-Stuttgart über die Lage des Kleinhandwerks nach den Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik. Wenn auch zuzugeben sei, daß das Kleinhandwerk durch die Großbetriebe arg in die Enge getrieben werde, so gleiche es doch noch nicht der untergehenden Sonne. Jedenfalls sei ihm aber durch die Zwangsorganisation nicht aufzuhelfen. Was dem Handwerk vielfach fehle, das ist die kaufmännische Ader. Nicht die Großbetriebe allein haben die Preise herabgedrückt, die Handwerker unter sich thun das Möglichste, um sich bei Submissionen zu unterbieten. Es fehle den Handwerkern häufig an richtigen Kalkulieren und es wäre wichtiger, einen Beschäftigungsnachweis im Rechnen von ihnen zu verlangen, als in ihrem Handwerk. Der Mangel an Betriebskapital bilde den Kernpunkt und die Hauptursache der Nothlage des Kleinhandwerkes. Sehr zu beklagen sei, daß das zahlungsfähige Publikum diesem Umstande zu wenig Rechnung trage.

Das Hauptreferat über die Gesetzesvorlage hatte Schreinermeister Neuh-Kassel zu erstatten. Seit 50 Jahren sei die Neuorganisation des Handwerks nicht von der Tagesordnung verschwunden und habe endlich den vorliegenden Entwurf gegestigt. Derselbe weiche aber in allen Hauptfragen von den Grundgeden der Forderungen des Gewerbestandes ab. Bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen würde ein Zurückgehen zu den Zuständen, die vor einem Jahrhundert geherrsch, eine schwere Schädigung des deutschen Handwerks bedeuten. (Beifall.)

Nach der Frühstückspause wurde die Debatte über die Vorlage eröffnet. Auf die Bemerkungen des Oberbürgermeisters Kämelin erwiderte der Vorsitzende, nach dem Verlauf der gestrigen Versammlung sei wohl anzunehmen, daß das Württembergische Land nicht hinter den Anschauungen des Vorstands der Haupt- und Nebenstadt stehe. Tischgenosse Petri-Gießen erklärte, der Gesetzesentwurf sei nicht als Bedürfnis anzusehen. Dagegen seien die in der Vorlage enthaltenen Vorschläge zur Bildung von Handwerkerverbänden, Handwerkerkammern, Regelung des Lehrlingswesens, Einsetzung von Prüfungskommissionen u. s. w. wohl der Beachtung wert. Die Hessen sehen einer Probe mit der Einführung von Zwangsinnungen in Norddeutschland mit Spannung entgegen, sie selber aber wollen davon nichts wissen. (Bravo!) Walter Schindler-Göppingen bewies, daß eine Zwangsorganisation sich für die württ. Verhältnisse bewähre. Freiseur Schneider-Stuttgart beklagte, daß die württ. Regierung dem Geistes der Innungen huldreich sei. Den Anhängern der Innung verzehe daher die Lust, sich weiter für ihre Sache zu begeistern. Alle Gesetze, die bis jetzt gegeben seien, haben sich erst nach und nach eingelebt und dasselbe sei auch von der gegenwärtigen Vorlage zu erwarten. Schausler-Eindelfingen hält dafür, daß statt dem Namen Zwangsinnung der Ausdruck, ähnlich wie bei der Feuerweh, Pflichtinnung hätte gewählt werden sollen. Uebrigens sollte man vor dem Wort Zwang nicht so stark zurückerschrecken. Habe uns doch in Deutschland der Schulzwang groß gemacht. Doch hält Redner die örtlichen Zwangsinnungen nicht für annehmbar. Direktor v. Cramer, Präsident der bayerischen Gewerbevereine, erklärte namens derselben, daß durch die gegenwärtigen Einrichtungen zu Ruh und Frieden von Handel und Gewerbe den Handwerkern genügend Gelegenheit geboten werde, ihre Sache zu verteidigen. Auf die gefesteten vom Landtagsabg. Schrempf erhobene Frage: Warum verlangt dem der Staat von seinen Beamten den Beschäftigungsnachweis? erwiderte der Redner: Ein unzutreffender Vergleich ist nicht wohl denkbar. Der Staat stelle seine Beamten auf Lebensdauer an und gewähre ihnen Pension. Wollte man auf diesem Wege weiterschreiten, so kämen eines Tages die Handwerker, von denen man den Beschäftigungsnachweis verlangte und würden ebenfalls Anstellung und Verlozung vom Staate verlangen. Wenn so vielfach von der bedeutenden Höhe gesprochen würde, auf welcher Kunst und Kunstgewerbe im Mittelalter zu Nürnberg standen, so dürfe nicht unermähnt bleiben, daß Nürnberg keine Innungen besessen habe. Nicht die Zwangsinnung vermochte so Großes zu leisten, das that vielmehr die Individualität. (Beifall.)

Fabrikant Erhardt-Gmünd forderte die Versammlung auf, an den Gewerbevereinen festzuhalten und dieselben auszubauen. Die Gewerbevereine vermöchten dasselbe zu leisten, wie die Zwangsinnungen. Gegen den Entwurf spreche hauptsächlich der dadurch zu schaffende enorme Apparat. Um die Beschlüsse der Innungen rechtsgültig zu machen, wären 96 Entscheidungen nötig. Würde der Entwurf Gesetz, so müßte die deutsche Handwerkerwelt mit König Pyrrhus ausrufen: „Noch ein solcher Sieg und wir sind verloren!“ (Bravo!)

König-Weimar tritt für die freie Innungen ein. Wir sollen stolz sein auf die deutsche Industrie, die nachgerade auch in Frankreich und England gefürchtet werde. Binden wir uns die Hände nicht! Die Nothlage, wie sie immer und überall den Regierungen geflagt werde, sei bei weitem nicht so groß, wie sie gemacht würde. Wir sollten darauf drängen, den Klagenapparat zu vernichten. Die Handwerker thäten besser daran, ihre begabten Söhne dem Handwerk zu erhalten und nur die weniger tauglichen dem Studium zu überliefern. (Geisterzeit.)

Nach 1 Uhr wurde die Debatte abgeschlossen und der Vorsitzende vertagte die weitere Erörterung über die Gesetzesvorlage auf morgen. — Abends 7 Uhr vereinigten sich die Teilnehmer am Gewerbetag zu einem Festmahl im Stadtpark, wo für später florentinische Beleuchtung in Aussicht genommen war.

Baden und Nachbarländer.

Schweizingen, 20. Sept. Gestern Abend nach 9 Uhr wurden wir durch Feuerlärm in Schrecken versetzt. Aus der Scheune des Landwirths Sp. in der Herzogenstraße schlugen plötzlich hohe Flammen empor und die entzündeten Hopsendolben flogen wie Leuchtstärker umher. Dank dem raschen Eingreifen der herbeigeeilten Feuerwehr blieb der Brand auf seinen Ursprung beschränkt. — Das anhaltende Regenwetter fängt wahrgenommen an, nachtheilig zu wirken; das Trocken der Hopfen verjögert sich, die Rebmaterie wird erschwert und manche Tabakblätter beginnen zu faulen.

Pforzheim, 21. Sept. Der Besuch unserer Stadt durch J. K. die Großherzogin und die Erbgroßherzogin gelegentlich der hier tagenden 24. Generalversammlung des Badischen Frauenvereins hat die hiesige Bevölkerung, namentlich die Damenwelt, freudig erregt. In großer Zahl wohnten hiesige Frauen und Jungfrauen den Verhandlungen an, und allgemein wurden die Ausdauer und das lebhafteste Interesse bewundert, womit die hohen Frauen den Verhandlungen folgten. Als Zeichen der Liebe und Verehrung wurden J. K. Hoheiten von mehreren Damen prächtige Blumenkränze überreicht, und gelegentlich des Besuchs der hies. Mädchenschulen und Wohlthätigkeitsanstalten wurden sie überall mit jubelnder Begrüßung begrüßt, welche Guldigungen die hohen Damen mit sichtlich Freude entgegennahmen. Mit Bewunderung wurde auch während der Verhandlungen die Ausführungen der Frau Oberbürgermeister Lauer aus Karlsruhe angehört. Die Dame sprach mit einer klaren, ruhigen, mit logischer Schärfe und anerkannter Gewandtheit. Ihr Vortrag bewies,

daß sie auf diesem Gebiete bewandert ist, die Frage gründlich kennt und die von ihr bezeichneten Mittel und Wege zur Bänderung der sozialen Nothlage der Fabrikarbeiterinnen verdienen volle Beachtung. Was speziell die Lage der hiesigen Arbeiterinnen betrifft, so stimmen wir mit dem Referenten, Herrn Stadtpfarrer Klein, vollständig darin überein, daß dieselbe, was die finanzielle Seite anbelangt, hier eine recht befriedigende ist. Die Mädchen werden im Durchschnitt gut bezahlt, werden nicht überanstrengt und arbeiten in Räumen, die billigen gesundheitlichen Anforderungen entsprechen. Trotzdem halten auch wir für den hiesigen Platz weibliche Fabrikinspektoren nicht für überflüssig. Die Mädchen oder Arbeiterinnen werden niemals sich einem Fabrikinspektor gegenüber mit jener Offenheit aussprechen, wie sie dies einem weiblichen Beamten gegenüber thun würden. Im Interesse der Bänderung der Sittlichkeit halten wir weibliche Fabrikinspektoren auch am hiesigen Platz für wünschenswert. Die hier in Vorschlag gebrachten Vertrauensdamen werden von den betreffenden Mädchen wohl niemals ins Vertrauen gezogen werden, noch weniger der Fabrikinspektor. Der Auf nach weiblichen Fabrikinspektoren, den die Sozialdemokraten immer und immer wieder erschallen lassen, scheint uns kein ganz unbegründeter zu sein, und wir glauben in diesem Punkte uns der Frau Oberbürgermeister Lauer voll und ganz anschließen zu sollen.

Pforzheim, 21. Sept. Der süddeutsche Radfahrer- und hielt gestern hier seinen diesjährigen Gautag ab. Die geschäftlichen Beratungen fanden vormittags im „Alten Frey“ statt, im „Schwarzen Adler“ vereinigten sich die frühesten Radler zum Festessen, um 4 Uhr durchzogen dieselben in flotten Corso die Hauptstraßen unserer Stadt nach dem Kupferhammer, wo ein Straßenrennen nach Liebenzell veranstaltet wurde. Ein Festball im „Schwarzen Adler“ beschloß den Gautag, der gut besucht und vom Wetter leidlich begünstigt war. — Gestern Abend beging in „Müllers Halle“ der hiesige evang. Jugendbund und den 70. Geburtstag unseres geliebten Großherzogs in feierlicher Weise. Die Pflege christlicher Gesinnung und hingebender Vaterlandsliebe ist Hauptziel des evang. Jugendbundes, und auch bei der gestrigen Feier kamen diese Gesinnungen trefflich zum Ausdruck. Die Feier wurde mit dem Vortrag eines Chorals eröffnet, worauf der derzeitige Vorsitzende des Vereins, Herr Stadtpfarrer Eisen, die zahlreiche Versammlung mit einer herzlichen Ansprache begrüßte und seine Rede in ein Hoch auf unsern Kaiser Wilhelm II. ausklingen ließ, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. Die Festrede hatte Herr Stadtpfarrer van der Flös übernommen. Mit jubelnden Worten feierte der Redner unsern Großherzog als Landesbischof der evang. Kirche und als treuen Freund der Jugend. Seine von Herzen kommenden und zu den Herzen dringenden Worte fanden bei den Zuhörern mächtigen Widerhall, und mit wahrer Begeisterung wurde das Hoch auf unsern geliebten Landesfürsten aufgenommen. Die Mitglieder des Jugendbundes trugen das ihrige dazu bei, den Abend zu einem gemüthlichen und Aufregung zweier patriotischer Festspiele zeugten von guter Leitung und fleißiger, liebevoller Uebung. Als recht gelungen ist auch die Darstellung eines lebenden Bildes „Huldigung des badischen Volkes am 70. Geburtstag seines Großherzogs“ zu bezeichnen.

Freiburg, 21. Sept. Der Verband badischer Sparkassen hat heute Vormittag halb 11 Uhr im Kornhaussaale seine Generalversammlung pro 1896 begonnen. Zunächst begrüßte der Vorstand, Herr Bürgermeister Siegrist-Karlsruhe, die Versammlung, welche aus etwa 65 Vertretern badischer Sparkassen bestand. Nach einer Dankagung an die Stadt für Saalüberlassung erfolgte die Feststellung der Präsenzliste, dann Erstattung des Berichts über die Entwicklung des Verbandes. Nennenswerte Veränderungen innerhalb des Verbandes sind während des letzten Jahres nicht vor sich gegangen. Eine weitere Kasse — Gottmadingen — trat dem Verband bei, doch blieb durch das Auscheiden einer anderen Kasse der Stand der Mitglieder wie im Vorjahre, nämlich 66. Es wird dem Wunsch einer weiteren Ausdehnung des Verbandes Ausdruck gegeben, aber dabei erwähnt, daß die im Verband befindlichen Sparkassen bereits ein Einlagekapital von 220 Mill. Mk., die dem Verband nicht angehörigen nur ein solches von 20 Mill. Mk. verwalten. Der badische Verband ist dem großen deutschen Sparkassen-Verband als Mitglied beigetreten. Mehrere unwesentliche Punkte zum Uebertagbarkeitsvertr. zur Zinseszins-Klausel u. a. kamen darauf zur Sprache. Dem günstigen Bescheidungsbericht wurde darauf einstimmig Anerkennung gezollt. Landtagsabgeordneter Kriehle-Bonnhof erstattete sodann Bericht über das Ergebnis der von der Verbandsgeneralversammlung 1895 beschlossenen Umfrage, betr. Abänderung des Sparkassengesetzes. Das Resultat — nach dem Urtheil von 57 Kassen zusammengefaßt — ist folgendes: Ein Bedürfnis nach dieser Gesetzesreform liegt nach Ansicht von 32 Kassen nicht vor, die übrigen Kassen wünschen namentlich einen größeren Spielraum bei Anlage des Kapitals. Der Verband kommt demnach zum Antrag, daß er keine weiteren Schritte zu jener Revision des Sparkassengesetzes thun wolle. (Wird einstimmig angenommen.) Ueber Punkt 4 der Tagesordnung: Abhör der Sparkassenrechnungen durch das Ministerium des Innern, erstattet Bürgermeister Ehrert-Weinheim Bericht. Die Wünsche gehen wie früher im Allgemeinen auf Ermäßigung der Revisionsgebühren und Abhängung durch die städt. Revisoren. Die größeren Städte haben bezüglich des letzteren Punktes schon gemeinsame Schritte getan. Diese werden durch die Versammlung einstimmig gebilligt. Punkt 5 der Tagesordnung betraf die Angelegenheit der Hinterbliebenenversorgung der Sparkassenbeamten. Auf mehrere Vorschläge des Berichterstatters, Bürgermeister Dr. Weis-Eberbach, hin macht Abg. Kriehle darauf aufmerksam, daß es nicht vorteilhaft sei, mit Abänderungsgeboten an ein Gesetz heranzutreten zu wollen, welches, wie das vorliegende, erst wirksam werden muß. Denselben Standpunkt vertritt Bürgermeister Thoma-Freiburg. Der Berichterstatter zieht seine Anträge zurück. Bürgermeister Thoma referiert über die durch Ministerialrat angeordnete Veranschaulichung der Sparkassenrechnung. Aus mancherlei Gründen erhoben sich Bedenken gegen eine Statistik in der beanspruchten Form; von 90 Kassen erklärten sich 85 gegen dieselbe. Auf eine Eingabe des Vorstands an's Ministerium, die angeordnete Statistik durch eine zweckentsprechende zu ersetzen, kam noch keine Antwort. Die Versammlung erklärt sich einstimmig mit dem Vorgehen des Vorstands einverstanden. Ueber die Generalversammlung des deutschen Sparkassenverbandes sprach Verwalter Leyer-Lahr; dann erfolgte die Feststellung des Vorschlags und der Beiträge (10 Mk.) für 1897. In Revisoren wurden für 1896 gewählt: die bisher thätigen Herren Sparkassenverwalter Schneider-Heidelberg und Bürgermeister Weg-Heidelberg. Zum Orte der nächsten Versammlung wählte man Heidelberg. Gegen 2 Uhr mittags endeten die Verhandlungen, worauf dann ein gemeinsames Mittagmahl stattfand. Auf Abend folgen die Kassenvorretreter einer Einladung der Stadt zum Konzert in der Sängerkhalle.

Die 38. Wanderversammlung des badischen Vereins für Vienenzucht in Mosbach.

Mosbach, 20. Sept. Unsere Stadt ist dieses Jahr eine „Feststadt“ im wahren Sinne des Wortes. Auf das Festspekt folgte die Enthüllung des Kriegedenkmals, das seinen Glanzpunkt durch das Erscheinen des Großherzogs und Erbgroßherzogs erhielt. Dann kam das Wandöver mit seinen großen Truppenumzügen. Vom 19. bis 22. d. M. tagt hier die 38. Wanderversammlung des badischen Vereins für Vienenzucht. Wiederum hat die Stadt Flaggenschmuck angelegt, Triumphbögen mit passenden Sinnprüchen rufen ihr „Willkomm“ in unsern gastfreien Mauern, Böllerschüsse dröhnen durch das Thal.

